Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk. durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 53 — Mittwoch, den 3. März 1920 — 48. Jahrgang

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 2. März.)

Auf eine Anfrage Dr. Böhmes (D.) wird regierungsseitig geantwortet, daß die Reichsregierung es nicht für unvereinbar mit dem bestehenden Reichsgesetz hält, wenn die Braunschweiger Regierung eine Sondersteuer vom fruchttragenden Grundbesitz erhebt. — Auf eine Anfrage Dr. Heintze (D. V.) wird geantwortet, daß seitens der französischen Regierung für die Aufträge in Sachen des Wiederaufbaues im zerstörten Gebiet eine Vermittelung der deutschen Regierung ausgeschaltet würde. Wenn künftig die Vermittelung der Reichsregierung in Frage kommen sollte, werde diese das Nötige tun, um die Interessen deutscher Firmen dabei zu wahren. — Eine Anfrage Baereck (D.-N.) wird dahin beantwortet, daß die Reichsregierung seit Wochen bemüht sei, die Erschwerung des Durchgangsverkehrs durch den polnischen Korridor durch direkte Verhandlungen mit den Polen zu beseitigen, indessen ohne Ergebnis. Zur Zeit finden in Warschau zwischen Deutschland und Polen Verhandlungen statt.

Bei Fortsetzung der Beratung des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes beantragt zu § 23 Abg. Irl (Zentr.), daß bei außerordentlichen Waldnutzungen im öffentlichen Interesse oder infolge höherer Gewalt die Steuern von dem über die regelmäßigen Nutzungen hinausgehenden Betrag nur 10 v. H. betragen sollen. Der Antrag wird angenommen. — Ein Antrag des Abg. Herold (Zentr.), die in einem Kalender- oder Wirtschaftsjahr erlittenen Verluste auf das steuerpflichtige Jahreseinkommen, eventl. des nächstfolgenden Jahres anzurechnen, wird abgelehnt — Ein Antrag der Mehrheits- und der Rechtsparteien, welcher die Grenze für diese Steuererleichterungen kleinen Zahlern gegenüber erweitert, wird angenommen.

Die Rechtsparteien und die Unabhängigen beantragen die Streichung der Paragraphen 44 bis 50 bezw. 51 (Einberechnung von Prozentsätzen der Steuer durch die Arbeitgeber bei den Lohnzahlungen). Die Anträge werden jedoch abgelehnt und der Rest des Gesetzes angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 2. März.)

Der Gesetzentwurf über
die Vermögensauseinandersetzung mit dem Königshause
steht zur ersten Beratung. Finanzminister Dr. Südekum: Den Antrag Adolf Hoffmann auf Enteignung des Vermögens der ehemaligen Fürstenhäuser kann ich nicht zur Annahme empfehlen. Dagegen würde der Antrag Graef (S.), der besagt, die Reichsregierung möge durch die Staatsregierung aufgefordert werden, unverzüglich ein Reichsgesetz herbeizuführen, das die Bestimmung des Artikels 153 der Reichsverfassung zur Geltung bringt, wonach über die angemessene Entschädigung und die Zulässigkeit des Rechtsweges für die Enteignung des vormaligen preußischen Königshauses zum Wohle der Allgemeinheit anders bestimmt werden kann, wohl zu einem erträglichen Ergebnis führen können. — Abg. Graef-Frankfurt (S.): Der ehemalige Kaiser hat das Vaterland im Elend zurückgelassen und geht jetzt in Holland spazieren. Den vaterlandslosen Gesellen von einst lag es ob, das Vaterland vor dem völligen Untergang zu bewahren. Man staunt, wie man in den Zeiten der Wohnungsnot einer Familie Hunderte von Schlössern zur Verfügung belassen kann. Dieser Vertrag erkennt 33 von diesen Schlössern ohne weiteres als Eigentum der Hohenzollern an. Es handelt sich bei den Hohenzollern um eine sehr reiche Familie, die ihren Reichtum ganz gewiß nicht aus eigener Kraft erworben hat. Es wäre übrigens interessant, zu wissen, wieviel Wilhelm II. eigentlich in den Zeiten der Not an Kriegsanleihe gezeichnet hat. Wie wäre es denn, wenn der König wenigstens den Versuch machte, sich an der Deckung der Staatsschulden zu beteiligen, die durch sein Verhalten entstanden sind? Er hat keinen Grund, sich zu beklagen, bisher ist er sehr reichlich bedacht worden, und er kann ja schließlich auch noch arbeiten. Das arme Volk hat keinen Anlaß, für ihn in die Tasche zu greifen. Die Kronfideikommisse sollen nach dem Vertrage in den Besitz des Staates übergehen, aber die Kronjuwelen Eigentum der Hohenzollern verbleiben.

Abg. Oppenhoff (Ztr.): Der Vorredner hat weite Kreise des Volkes durch seine Ausführungen verletzt. Wir empfinden Genugtuung darüber, daß es gelungen ist durch die im Vertragsentwurf enthaltenen Bestimmungen einen friedlichen Ausgleich zwischen dem Staat und dem Königshaus herbeizuführen. Der Antrag Adolf Hoffmann ist für uns indiskutabel, aber auch den Antrag Graef lehnen wir ab. — Abg. Cassel (D.): Wir bedauern die Ausführungen des Abg. Graef. Gegen seinen Antrag haben auch wir die schwersten Bedenken. — Abg. Dr. Hergt (D.-N.): Graefs Rede ist nicht nur verletzend, sondern verhetzend gewesen. Auch die Angst vor den Unabhängigen Preis aus ihr. Ich halte es für unter meiner Würde, auf die Einzelheiten einzugehen. (Große Unruhe bei den Soz.) Der Vergleich, durch den der König auf vieles verzichtet, beweist, daß er Frieden mit seinem Volke haben will. Unsere früheren Feinde gehen mit dem Gedanken um, dem letzten Träger der Krone die Rückkehr zu seinem Vaterlande zu verwehren. Ich habe die feste Hoffnung, daß das ganze deutsche Volk zusammenstehen wird, wenn es gilt, einen deutschen Volksgenossen vor Vergewaltigung zu schützen. (Bravo rechts, Zischen links.) — Abg. Adolf Hoffmann (U.): Die fluchwürdigen landesflüchtigen Hohenzollern werden als gleichberechtigte Kontrahenten mit dem Staate angesehen. Das ist das stärkste, was man sich denken kann. Ueber 60 Möbelwagen sind bereits nach Amerongen abgegangen. Das Schloß Bellevue und das Neue Palais sind von allen Kunstschätzen entblößt worden, ohne daß die Landesversammlung befragt wurde. Das deutsche Volk hungert, und den Hohenzollern sollen Milliarden deutscher Werte überlassen werden, damit sie weiter in Saus und Braus leben können. (Beifall bei den Unabhängigen.) — Minister Dr. Südekum: Die Demagogie der eben gehörten Rede überschreitet alles, was man selbst bei diesem Volksvertreter gewöhnt ist. Alle seine Beschuldigungen sind Verleumdungen, allerübelster Hintertreppenklatsch. — Präsident Leinert: Den Vorwurf der Verleumdung dürfen Sie gegen ein Mitglied nicht erheben. — Minister Dr. Südekum: Der Wein und die anderen Lebensmittel sind zum größten Teile den Lazaretten zur Verfügung gestellt worden. Die nach Amerongen gebrachten Möbel sind nur von mäßigem künstlerischen Werte. Die Bilderschätze sind nicht nach Amerongen gegangen, sondern in Deutschland sicher verwahrt. Herr Hoffmann ist schmählich angelogen worden. (Beifall.) — Abg. Dr. v. Krause (D. V.): Wohin sollen wir kommen, wenn solche Reden, wie die des Abg. Hoffmann zur Mode werden würden? Das ergäbe den größten Tiefstand des Parlamentarismus. Es kann in keinem Falle zugegeben werden, daß das Hohenzollernhaus in solchem Maße Schuld am Kriege hat, daß es dafür schadenersatzpflichtig gemacht werden kann. Wenn der Vergleich nicht zustande kommt, dann würde der Rechtsweg beschritten werden und der Staat wahrscheinlich viel schlechter wegkommen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Gesetzentwurf mit dem zugehörigen Antrage geht an den Rechtsausschuß. Nächste Sitzung Mittwoch.

Gefährdung der Ruhrhäfen?

Die Franzosen (und auch die Belgier, wie jetzt hinzugefügt sei) haben das Ansinnen gestellt, ihre Kohlenlieferungen in den Ruhrhäfen in Empfang zu nehmen und die auf Halde gestürzte Kohle als Eigentum zu erhalten. Der nähere Tatbestand in dieser Sache ist laut „Berl. Anz." der folgende: Durch den Rotterdamer Hafenarbeiterstreik wurde die Beförderung der Kohle für Frankreich und Belgien auf dem Wasserwege über Rotterdam unmöglich. Der Reichsminister für den Wiederaufbau erklärte sich daraufhin bereit, die Abholung der Kohlen den Franzosen und Belgiern mit eigenen Kähnen direkt von Ruhrort und Duisburg zu gestatten, von wo sie den Rhein aufwärts über die Kanäle nach Frankreich geschafft werden sollten. Die Franzosen erboten sich weiter, wegen des deutschen Lokomotivmangels die Kohlen mit ihren eigenen Lokomotiven direkt von der Halde zu holen. Trotz entschiedenen Widerspruches des Vertreters des Syndikats und aller anderen Sachverständigen einigte der Minister im ersten Punkte eine Verpflichtung ein — für die Haldekohle ist noch keine Verpflichtung getroffen —, „nur" für die Dauer des Rotterdamer Streiks, wie das Ministerium betont. Die ungeheure Tragweite der Angelegenheit ist vom Ministerium offenbar nicht erkannt worden. Es handelt sich bei dem Rotterdamer Streik um eine Angelegenheit von sehr langer Dauer, zumal der Streik zunächst für 2 Monate ausgesetzt ist. Man befürchtet nun, daß die Franzosen, während unsere eigene Rheinflotte größtenteils an Holland verpachtet und verpfändet ist, mit ihren Schiffen die genannten Häfen völlig besetzen werden. Die Franzosen werden den Rheinländern und den Deutschen am Oberrhein sagen: „Wenn Ihr Euch recht brav verhaltet, bekommt Ihr Kohlen ab." Außerdem bedeutet die Beherrschung der Ruhrkohle ein starkes politisches Druckmittel gegenüber Süddeutschland, wo sich zum Teil ohnehin starke separatistische Strömungen bemerklich machen. Ebenso schlimm wären die Folgen einer Abholung von den Halden. Die Bergleute, die sich eben zu Ueberschichten bereiterklärt haben, würden täglich die französischen Wagen leer ein- und voll ausfahren sehen; sie würden erkennen, daß sie im wesentlichen nur für die Franzosen und Belgier arbeiten. Das beschwört von neuem das Gespenst der Streikgefahr herauf. Auch Holland gegenüber ist so gehandelt worden, als ob wir in Kohlen schwämmen. Außer den 30 000 Tonnen vertraglicher monatlicher Kohlenlieferung haben wir Holland 50 000 Tonnen zugesichert, angeblich zu Devisenbeschaffung für die holländischen Speck- und Fleischlieferungen für unsere Bergarbeiter für deren Ueberschichten. Mit den Franzosen sollen in Paris voraussichtlich am Donnerstag neue Verhandlungen gepflogen werden.

Der Todessturz der deutschen Mark.

Von W. Moser, Celle.

Nachdem in einem Aufsatz in der vorigen Nummer der „Freien Worte" dargelegt worden ist, welche Gründe maßgebend waren für das Sinken des Wertes unserer Mark während des Krieges, so soll in Nachstehendem gezeigt werden, wie seit dem Kriegsende aus dem Sinken ein geradezu katastrophaler Sturz geworden ist, wodurch dieser herbeigeführt wurde und schließlich, wie sich unsere Mark von seinen Folgen, unter Umständen wieder erholen kann.

Es wurde als eine der Hauptursachen des Sinkens des Markkurses schon letzthin mit dem Umstand angeführt, daß das Reich während des Krieges sich genötigt sah, mehr Noten auszugeben, als durch den Goldbestand der Reichsbank gedeckt werden konnten.

Die Revolutionsregierung nun fand bei ihrem Amtsantritt in der übernommenen Konkursmasse des alten Regimes überhaupt kaum mehr eine nennenswerte Golddeckung vor, und die angesichts dieses Zustandes in natürlich noch weitgehenderem Maße einsetzende, aber eben unvermeidliche Papierwirtschaft schuf ein ungeheures Mißverhältnis zwischen dem wirklichen Volksvermögen und Zahlen, die in der Tat nicht existierten. Man fand zwischen den Noten und Kassenscheinen bald nicht mehr durch.

Man halte sich vor Augen: Vor Kriegsausbruch betrug das gesamte im Reich in Umlauf befindliche Geld in Metall und Papier ca. 6 Milliarden Mark. Gegenwärtig ist nun im Reiche gemünztes Geld in Gold oder Silber überhaupt nicht im Verkehr, und der Bargeldumlauf in Papier geht in die 50 Milliarden Mark, von anderen Verpflichtungen des Reiches ganz abgesehen.

Das unglückliche Ende des Krieges riß die Grenze im Westen gewaltsam auf, und die Ententetruppen kamen bis an den Rhein. Die Milliardenverluste an Werten in der Front und in der Etappe beim Rückzuge belasteten die deutsche Volkswirtschaft schwer, dazu kommen die Milliardenforderungen der Feinde.

Das Vertrauen des neutralen Auslandes zu der deutschen Wirtschaft, zum deutschen Fleiß wurde durch den Abschluß des Krieges nicht so schwer erschüttert, als man annahm, denn nach der Erholung von den überraschenden Vorgängen der ersten Revolutionstage zog die Mark, die am 11. November 1918 an den neutralen Börsen auf 45 Pfg. gefallen war, auf 50 bis 60 Pfg. an. Diesen ungefähren Stand hielt sie bis Ende Januar 1919, um dann in jähem Abstieg ihrem heutigen Tiefstand zuzueilen.

Der Mangel an ausländischen Zahlungsmitteln bezw. deren Nichtvorhandensein zwang die ausländischen Verkäufer, und diese hatte man ja durch das große Loch im Westen zur Genüge, den Gegenwert in deutschem Gelde entgegenzunehmen. Leute, die vom ehrlichen Handel nicht die blasseste Ahnung hatten, denen die Größe des Unglücks des deutschen Volkes noch nicht klar war, die in ihrer elenden Geldgier nicht wußten, wie schwer sie ihre Mitmenschen durch

---

Die Nebelfrau.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

22. Fortsetzung.

Fest schlangen sich die Hände der jungen Frau ineinander. Ihre Augen bohrten sich in die dunkle Wollenwand, die jetzt hinter den rosenroten Wollenschicht aufwuchs. Kalt und ablehnend klang ihre Stimme, als sie erwiderte:

„Meines Vaters Frau kann mein Handeln, Denken und Tun in keiner Weise bedingen. Ich habe alles getan, um ihr das gewohnte Leben in Luxus und Glanz zu erhalten und ihr die Heimat zu geben, die mein Vater so heiß für sie wünschte. Damit ist meine Mission für Friedrun erfüllt."

„Doch nicht, Undine. Ich glaubte, es sei auch deine Pflicht und dein Wille, über deines toten Vaters Ehre zu wachen."

„Was soll das heißen?" fragte Undine mit flammenden Augen.

„Ich wollte dich fragen, ob du weißt, daß deine Stiefmutter für den Herbst eine Reise nach Italien plant?"

„Friedrun will fort? Jetzt in der tiefen Trauer und —"

Sie sprach es nicht aus, aber Reimar wußte, was sie sagen wollte, und darum ergänzte er mit leisem Spott:

„Wo auch ich nach Italien reise."

Undine richtete sich auf.

„Du sprichst von der Frau meines Vaters, Reimar. Ich dulde nicht, daß du sie verleumdest."

„Das fällt mir gar nicht ein. Ich kenne deine Stiefmutter zur Genüge. Es war vielleicht nicht recht von mir, dir damals nicht frei und offen zu sagen, daß Friedrun mir einst nahe stand, aber man gesteht nicht gern ein, wie es gekommen, daß man so ganz bezwungen geworden. Ich habe Friedrun einst geliebt. Ich glaubte an sie und betete zu ihr, wie der fromme Pilgersmann zur Madonna. Als ich einst unerwartet von einer Reise zurückkehrte, weil ich endlich alle Verhältnisse geebnet hatte, um mich mit Friedrun für immer zu binden, da fand ich sie in den Armen eines anderen. Was nützte es mir, blutige Rechenschaft von ihm zu fordern, daß er mir eine Kugel in den Leib jagte, die mich jahrelang krank machte. Friedrun lächelte weiter ihr betörendes Kinderlächeln, und da sie der Mann, um den sie mich betrogen, verließ, nahm sie deinen Vater und kokettierte weiter mit allen Männern, die ihr in den Weg kamen, auch mit Lutz."

„Schweige!" rief Undine, von heißer Glut übergossen. „Das ist ja entsetzlich. Schmähe die Toten nicht noch im Grabe."

Aufstöhnend schlug sie die Hände vor ihr Antlitz.

„Ich bin weit davon entfernt, Lutz zu schmähen, der mein Freund war, aber ich halte es für meine Pflicht, dir die Augen über die Frau zu öffnen, die — ich schäme mich es zu gestehen — mich noch immer nicht aufgegeben hat."

Darum hat er mich gewählt, zog es durch Undines Seele. Weil er sich vor Friedruns Liebe schützen wollte, weil er feige war. Ich sollte die Schranke aufrichten, die er selber nicht halten konnte.

„Und was wünschest du, daß ich tun soll?" fragte sie mit geschlossenen Augen, und der Ton ihrer Stimme klang ganz heiser aus ihrer Brust.

„Friedrun von der Reise zurückhalten, von der ich eine Begegnung zwischen uns außerhalb des Gorlingshofes befürchte."

„Und wenn sie sich nicht halten läßt? Durch deinen Großmut, wenn ich es so nennen kann, sind ihre Einkünfte, die ich ihr zuweisen kann, so reich, daß sie jederzeit über die Mittel zur Reise verfügt. Der einzige, der die Reise verhindern könnte, wäre Ebbo Klas als Vormund."

„Vielleicht kannst du es versuchen, Undine, durch ihn etwas auszurichten."

„Und warum änderst du nicht selbst deinen Reiseplan? Wenn sie ihn nicht kennt, kann Friedrun dir doch nicht folgen, und ich meine, es steht einem Mann schlecht an, vor den Nachstellungen einer Frau zu fliehen."

Reimar lächelte. Ein überlegenes und doch ein etwas melancholisches Lächeln.

„Du scheinst die Frau deines Vaters bedenklich zu unterschätzen. Aber gleichviel. Ich habe meine Schuldigkeit getan und dir gesagt, was dir nach meiner Meinung zu wissen notwendig war. Jetzt handele, wie du es für gut hältst. Im übrigen, Undine, will ich dich daran erinnern, denn ich sehe oft, daß es dir zur Qual wird, so zusagen meine Scheinfrau zu spielen, daß dieser Zustand ja nicht ewig währt. Du weißt, ich habe dir versprochen, daß, wenn du einst zu mir kommst, und mir sagen mußt: Gib mich frei, ich kann das Opfer nicht weiter bringen, denn ich liebe einen anderen, dein Weg frei sein soll und der Gorlingshof und Südegarde dein eigen."

„Apropos", fügte er hastig hinzu, ohne Undine Zeit zu lassen, etwas zu entgegnen. „Der Südegarde fällt mir ein: Als ich gestern dort war, um nach dem Rechten zu sehen — du wußt ja so freundlich mir Vollmacht zu geben — habe ich den Kerl, den Erikson, an die frische Luft befördert. Bei Durchsicht der Bücher fand ich allerlei Ungehörigkeiten. Bis ich einen neuen Inspektor gefunden habe, werde ich wohl alle Tage hinüberreiten müssen, die Aufsicht zu üben."

Er hat Furcht, hier zu bleiben, dachte Undine heimlich, und wie müde den schweren Kopf neigend, entgegnete sie ernst:

„Der Erikson auch? Das ist schmerzlich. Mein Vater hielt so große Stücke auf ihn. Ich danke dir, daß du dir die Mühe gemacht hast. Ich war recht nachlässig in letzter Zeit, da ich mich bis jetzt nur damit beschäftigte, meines Vaters Angelegenheit einigermaßen zu ordnen. Zu Lutz bin ich noch immer nicht gekommen."

Reimar winkte abwehrend mit der Hand.

Es schien Undine, als wäre sein Antlitz blaß und verzerrt.

Das machte wohl der Abendwind, der jetzt kühl vom Meere heraufzog.

„Laß doch das", lenkte Reimar ab. „Ich glaube kaum, daß es da noch etwas zu regeln gibt, Soviel mir bekannt, hat dein Vater alles in Ordnung gebracht. Die großen Opfer, die er bringen mußte, beweisen es ja am besten."

„Es hat mir noch immer an Mut gefehlt", gab Gräfin Undine zurück, „aber ich komme wohl noch immer früher dazu, als ich Kraft dazu habe. Verzeih", fuhr sie fort, mit der Hand wie müde über die Stirn streichend, daß ich dich mit alle dem behellige, wo — wo wir uns doch eigentlich gar nichts — gar nichts angehen."

Hatten nicht ihre Lippen gezuckt, als sie diese Worte aussprach?

Nein, es waren wohl die Abendschatten, die langsam heraufdunkelten.

„Du hast recht, Undine", stimmte Graf Reimar bei, die Hand seiner Frau ergreifend und flüchtig an seine Lippen führend. „Wir gehen uns nichts an. Aber trotzdem können wir doch ehrlich und wahr gegeneinander sein."

„Du meinst schonungslos", kam es bitter von ihren Lippen.

„Nein, wie ein paar gute Weggesellen, wo einer den anderen achtet."

„Und die sich nach kurzer Wanderung wieder trennen", ergänzte sie. „Du hast es mir ja vorhin nahegelegt, und ich hoffe, wenn ich zu dir treue und spreche: Meine Kraft versagt. Der Rolle der Nebelfrau, die hier ja im Gorlingshof seit Jahrhunderten immer eine Stütze gehabt haben soll, bin ich nicht gewachsen, du wirst mich freigeben, hörst du?"

„Nur wenn du mir das eine sagst, Undine: Ich liebe einen anderen. Dann nur allein kann ich die Fesseln lösen, die dich binden. Sonst nie."

Die junge Frau zuckte unter den eisernen Worten unwillkürlich zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

ihre unverantwortliche Handlung rechtfertigen, führen nach dem Westen und gaben, da sie ja ausländisches Geld nicht besaßen, deutsches Geld für die gekauften Waren, und somit strömten Milliarden von Markbeträgen in das Ausland ab, und drückten naturgemäß auf den Kurs der deutschen Mark im Auslande.

Die unbefriedigende Ernährungslage erfuhr hierdurch allerdings eine Aufbesserung, aber zu gleicher Zeit wurde Deutschland überschwemmt mit einer ungeheuren Menge für die Lebenshaltung nicht unbedingt notwendiger Bedarfsgüter und Genußmittel. Die Einfuhr dieser Waren unterlag nicht der Zollkontrolle und erschwerte den behördlichen Ankauf der unerläßlichsten Lebensmittel vom Auslande her, der dazu dienen sollte, die Lage des gesamten Volkes zu heben.

Eine allgemeine Verteuerung war die Folge. Durch die Folgeerscheinungen der Revolution erfuhr die Ueberleitung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft ihre stärkste Hemmung. Dauernde Streiks, verbunden mit gelegentlich maßlosen Forderungen drohten das Wirtschaftsleben dem Untergang zuzuführen.

Das neutrale Ausland verlor angesichts dieser Zustände die Zuversicht, daß Deutschlands Handel und Industrie je wieder gehoben würden. Die finanzielle Belastung des Reiches durch den Friedensvertrag war nicht dazu angetan, das Vertrauen auf die Zahlungsfähigkeit des deutschen Reiches zu heben.

Dazu kam, daß eine Menge im Kriege reich gewordener Neukapitalisten ihr Kapital ins Ausland verschoben, um es in fremde Zahlungsmittel einzutauschen. Hierbei spielte die Furcht vor der Vermögensteuerung der Kriegsgewinne keine geringe Rolle.

Zu diesen Hauptgründen, die den Niedergang unserer Valuta veranlaßt haben, kommt in neuer Zeit noch eins hinzu, und das ist der Aufkauf sämtlicher erreichbarer deutscher Waren durch das Ausland. Der schlechte Stand des deutschen Geldes bildet naturgemäß einen großen Anreiz, deutsche Ware zu kaufen. Mit einem riesigen Zwischengewinne kann der ausländische Käufer die deutschen Erzeugnisse wieder absetzen. Je schlechter die deutsche Valuta, je größer der Zwischengewinn. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend hat das ausländische Händlerkapital ein großes Interesse an der weiteren Drückung des Markkurses, um deutsche Ware möglichst billig in die Hände zu bekommen.

Unsere Erzeugnisse wandern heute zu den billigen Preisen ins Ausland ab und die Gefahr liegt nahe, daß uns später, wenn der deutsche Markkurs gestiegen ist, und wir infolge Mangels an Rohstoffen nicht produzieren können, unsere eigenen Erzeugnisse als Auslandsware wieder verkauft werden.

„All" das hat den Niedergang unserer Valuta bis an die Grenze des völligen Zusammenbruchs veranlaßt. Der Zusammenbruch ist da, wenn wir hilflos der Tatsache gegenüberstehen, daß das Ausland die Mark nicht mehr in Zahlung nimmt.

Vorläufig ist das einzige Mittel zur Behebung der Valutanot innere Ruhe, innere Ordnung, unermüdliche geregelte Arbeit und die Hauptsache: strengste Sparsamkeit auf allen Gebieten.

Die Einfuhr muß auf das notwendigste Maß eingeschränkt und die Ausfuhr auf das Höchstmaß gesteigert werden. Jeder Pfennig, der nicht zum Ankauf unerläßlicher Lebensmittel gebraucht wird, muß zur Heranholung von Rohprodukten verwendet werden. Wie weit uns allerdings das Ausland Kredit gewährt, hängt ganz von unserer Arbeitsleistung ab. Aber eben dazu ist vor allen Dingen Ruhe und Ordnung nötig.

Erst wenn diese Erkenntnis sich Bahn gebrochen hat, werden wir wieder Vertrauen genießen. Und unser gesamtes Wirtschaftsleben wird sich dann wieder in ruhigen Bahnen vorwärts bewegen können.

Erzberger-Helfferich-Prozeß.

(W) Im Prozeß Helfferich hat Minister Spahn als Zeuge, den Aussagen Giesberts entgegentreten zu können. Der Vorsitzende erklärte sich bereit, mitten in dem Plaidoyer die Beweisaufnahme für diesen einen Punkt wieder zu eröffnen.

Oberstaatsanwalt Krause führte aus: Der Prozeß ist ein eminent politischer; auch seine Folgen sind politischer Natur. Die Gerichtsbehörden aber dürfen bei der Urteilsfällung der Politik nicht den geringsten Einfluß einräumen und nur feststellen, ob das Strafgesetz verletzt ist. Zur Sache betone ich, daß eine einheitliche fortgesetzte Handlung Dr. Helfferichs vorliegt, begangen, um Erzberger zu beseitigen. Die Beleidigungen richten sich gegen Erzberger sowohl als Politiker, wie auch als Mensch. Der Oberstaatsanwalt sagt weiterhin, im Falle Thyssen sei der Nachweis erbracht, daß Erzberger seine parlamentarische Tätigkeit mit seinen geschäftlichen Interessen verquickte. Weiter kommt der Oberstaatsanwalt nach längerer Auslassung über den Fall Pnigodin auf Grund der Vorgänge im Jahre 1914 zu dem Schluß, daß er den Beweis als geführt ansieht. Erzberger verquickte auch hierbei seine eigenen Interessen mit den allgemeinen. Auch im Falle Herger, den er als den bedenklichsten überhaupt betrachtet, sieht der Oberstaatsanwalt eine Verquickung politischer und eigener Interessen Erzbergers als erwiesen an. Der Oberstaatsanwalt fährt fort: Im Falle Angele könne er keinen Beweis für das Verquicken politischer Tätigkeit und staatlicher Interessen erblicken. Im Falle Kowatsch müsse der Staatsanwalt als erwiesen ansehen, daß Erzberger in einer geschäftlichen Angelegenheit seinen politischen Einfluß geltend gemacht hat. Im Falle der Anhydat-Werke kommt der Staatsanwalt zu dem Schluß, daß Erzberger eine weitgehende Tätigkeit für die Firma entfaltete, an der er als Aktionär beteiligt war. Im Falle Wolf sei der Beweis vom Angeklagten nicht erbracht worden, ebenso im Falle Richter. In der Angelegenheit des Viehhandelsverbandes handelt es sich um eine Art Falschberichtsversuches. In der Angelegenheit der Hapagaktien sei der Beweis einer Verquickung nicht erbracht. Im Falle Dr. Donk fehlt jeder finanzielle Untergrund. Der Fall Tripke grenzt an Korruption. Im Falle der Ein- und Ausfuhrbewilligungen sei ein Zusammenhang zwischen der politischen Tätigkeit und dem geschäftlichen Interesse Erzbergers nicht erwiesen. Zum Schluß erklärte der Oberstaatsanwalt, der Beweis für die Behauptung der Verquickung von Geschäft und Politik seitens des Nebenklägers sei in einer Reihe von Fällen und damit überhaupt erbracht.

Den Fall Thyssen betrachtete der Oberstaatsanwalt, wie uns weiter gemeldet wird, bei Beginn seines Plaidoyers nach drei Gesichtspunkten. Anläßlich des Eintritts Erzbergers und des Austritts aus dem Thyssenkonzern kam er zu dem Schluß, daß man eine Verquickung von politischen und privaten Interessen nicht erkennen könne. Dagegen betrachte er im Falle der versuchten Uebereignung des Erzbeckens Longwy-Briey an den Thyssenkonzern eine Vermischung geschäftlicher und politischer Tätigkeit als nachgewiesen. Als erwiesen müsse ferner angesehen werden der Nachweis der Verquickung der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit Erzbergers im Falle der Lieferung der Thyssenschen Schutzschilde nach Holland. — Weiter sind aus dem Plaidoyer des Oberstaatsanwalts noch die Ausführungen über Kapitalsverschiebung nach dem Auslande zu erwähnen. Die Geldsendungen Erzbergers seien keine Kapitalsverschiebung im eigentlichen Sinne. Trotzdem liege in einem solchen Verfahren das größte Bedenken, für einen Reichsfinanzminister gebe es andere Wege, um solche Abwickelungen vorzunehmen, als Ueberweisung auf seinen Namen. — Nach der Mittagspause wurde eine Zeugenvernehmung vorgenommen. Spahn hielt seine Auffassung aufrecht. Die weiteren Vernehmungen von Bethmann, Wahnschaffe, Stresemann und anderen brachten andere Momente nicht zutage. Darauf schloß der Vorsitzende die Beweisaufnahme. Die Verhandlung wurde alsdann auf Donnerstag nachmittag vertagt. Es sollen dann die Plaidoyers fortgesetzt werden.

Eisenindustrie und Handelsflotte.

In der Hauptvorstandssitzung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wurde einmütig nachstehende Entschließung gefaßt:

Die Auslieferung auch der letzten Schiffe deutscher Flagge muß für unser am Boden liegendes Wirtschaftsleben den Todesstoß und für unser Volk das Hereinbrechen der drohenden Hungersnot bedeuten. Noch erleichtern die billigeren Frachten der deutschen Schiffe die Einfuhr von Nahrungsmitteln und lebenswichtigen Rohstoffen. Ein gewaltiges Anziehen vieler Preise wird aber die Folge sein, wenn unsere Ein- und Ausfuhr ohnmächtig der ausländischen Schiffahrt in die Hand gegeben werden muß. Für die auf den Bezug von Auslandserzen angewiesene Eisen- und Stahl-Industrie würde die Auslieferung der dem Erztransport dienenden deutschen Schiffe bei dem Tiefstande unserer Valuta eine riesige Steigerung der Frachtkosten um viele hundert Mark auf die Tonne bedeuten. Die dann unerläßlich starke Erhöhung der Eisenpreise würde nicht zuletzt den deutschen Schiffbau belasten und den Wiederaufbau unserer Handelsflotte erschweren, ohne welche die Neubelebung unserer gebrochenen Wirtschaftskraft undurchführbar ist.

Der „Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller" richtet daher an die Reichsregierung und die Deutsche Nationalversammlung die dringende Bitte, mit äußerstem Nachdruck bei den Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß der Rest unserer Handelsflotte als unerläßliches Mittel für die Erfüllung der drückenden finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen uns erhalten bleibt.

Lotterwirtschaft in reichsfiskalischen Militärwerkstätten.

Welche schändliche Lotterwirtschaft seit der Revolution und unter der vollkommenen Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte auch in den reichsfiskalischen Militärwerkstätten in Sachsen sich breit machen durfte, beschrieb Arbeitsminister Heldt in einer Pressekonferenz. In knapp 5 Monaten wurden 35 Millionen Mark an Gehältern und Löhnen bezahlt, eingenommen wurde jedoch nichts. Die Art der später aufgenommenen Fabrikation für Privatbedarf bezeichnete der Minister als ein Verbrechen gegen die Allgemeinheit. In der kürzlich verkauften großen Munitionsfabrik Radeberg stellte man gewaltige Mengen Wasserhähne her und berechnete das fertige Stück zu 2,50 Mk., obwohl allein das Material für jedes Stück 16 Mk. kostete. Als das Material auf 18 Mark stieg, berechnete man das Stück zu 5 Mark. Aus wertvollstem Eichenholz fabrizierte man für einen Architekten 10 000 Stühle für 35 Mark das Stück zu einer Zeit, wo ein Stuhl aus gewöhnlichem Kiefernholz über 85 Mk. kostete. Namentlich in Radeberg wurde ungeheuer gestohlen und unterschlagen. Ganze Warenladungen wurden gestohlen und verschoben, obgleich das kostbare Gut von Wächtern behütet wurde, die zusammen jährlich mit 300 000 Mk. bezahlt wurden. Man stahl u. a. 9000 Meter Tuchstoff, die man später für 80—100 Mark das Meter weiter verschob. 11 wertvolle Elektromotoren und vieles andere wurde gestohlen, vor einigen Tagen noch 50 Zentner Aluminium, das aber wieder erlangt wurde. Jetzt ist endlich diesem ganzen Skandal ein Ende gemacht worden.

Die bolschewistische Organisation in Deutschland.

Wie schon gemeldet, sind bei der Aufhebung des in Karlsruhe tagenden Kommunistenkongresses auch mehrere russische Kuriere verhaftet worden. Diese Tatsache lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die bolschewistische Agitation, die seit einigen Monaten wieder so lebhaft betrieben wird, wie im November und Dezember 1918 und im Januar und März vorigen Jahres. Der Verbindungsdienst zwischen Sowjetrußland und Deutschland wird von dem wieder in seine Heimat zurückgekehrten Radek geleitet. Die russischen Kuriere werden zum Teil mit Flugzeugen bis nach Oberschlesien befördert, zum Teil kommen sie über Kopenhagen nach Berlin. — Kopenhagen sind mehrere Gesellschaften gegründet worden, welche unter dem Deckmantel der Ein- und Ausfuhrgeschäfte eine ständige Verbindung mit Berlin unterhalten. Eine große Spionagezentrale der Bolschewisten arbeitet von Hamburg aus, eine zweite von Essen, wo namentlich unter den Bergarbeitern eine starke Propaganda betrieben wird. In Berlin sind in verschiedenen kleinen Hotels in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs mehrere bolschewistische Agenten verhaftet worden. Ganz allgemein wird von den Bolschewisten die Parole ausgegeben, daß im Frühjahr die große Offensive der bolschewistischen Armee beginnen wird.

Tagesereignisse.

— **Das Besitzsteuergesetz** ist gestern vom Reichsrat angenommen. Nach dem neuen Gesetz soll alle drei Jahre eine Veranlagung des Vermögenszuwachses erfolgen. Zum ersten Mal soll sie erfolgen nach dem Vermögensstand vom 31. 12. 22. Von der neuen Besitzsteuer bleiben Erbschaften frei und alle Vermögensvermehrungen, die bereits durch die Kriegssteuergesetze getroffen worden sind. Der Tarif des alten Besitzsteuergesetzes, der zwischen 0.75 und 2.50 schwankte, ist auf 1 bis 10% erhöht worden. Er ist noch geändert durch eine allgemeine Durchstaffelung. Ein Vermögenszuwachs bis 5000 Mark bleibt steuerfrei. Ebenso werden Vermögen unter 20 000 Mark nicht besteuert. — Das neue Besitzsteuergesetz tritt an die Stelle der sogenannten Ergänzungssteuer. Da dieses Ergänzungssteuergesetz lebhaften Widerstand im Reichsrat hervorrief, hat der Finanzminister erklären lassen, daß er die Aufwandsbesteuerung nicht weiter verfolgen wolle, sondern sich mit einer Besteuerung des Vermögenszuwachses begnüge.

— **(Grundschulen und Vorschulen.)** In der öffentlichen Reichsratssitzung am Donnerstag wurde der Gesetzentwurf über die Grundschule und die Aufhebung der Vorschulen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Hauptbestimmung ist danach, daß die Volksschulen in den 4 untersten Jahrgängen die für alle gemeinsame Grundschule ist, auf der sich das Mittel und höhere Schulwesen aufzubauen hat. Minister Koch wies darauf hin, daß das vorliegende Gesetz finanziell lange nicht die große Tragweite hätte, wie die noch kommenden Schulgesetze.

— **(Der neue Regierungskommissar für Hessen.)** Auf Vorschlag des hessischen Gesamtministeriums wurde im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern vom Reichswehrminister der Minister Dr. Fuldа zum Regierungskommissar für den Freistaat Hessen anstelle des Oberpräsidenten Dr. Schwander ernannt.

— **(Soldaten-Revolution in Litauen?)** Wie aus Warschau gemeldet wird, ist unter den litauischen Truppen die Revolution ausgebrochen. Es wurden Soldatenräte ernannt. Der Sitz der Regierung wurde mit Maschinengewehren beschossen. Die Artillerie bombardiert Kowno. In amtlichen Kreisen Litauens ist man der Ueberzeugung, daß das Land infolge dieser Vorfälle der Anarchie ausgeliefert ist. (Da diese Nachricht aus polnischer Quelle stammt, die daran interessiert ist, die Zustände in Litauen als möglichst verworren hinzustellen, scheint Vorsicht in ihrer Beurteilung geboten.)

— **(Horthy Reichsverweser von Ungarn.)** Die Nationalversammlung hat den Admiral Nikolaus von Horthy zum Reichsverweser gewählt, worauf dieser den Eid auf die Verfassung ablegte. Die Nationalversammlung beschloß ferner, der Wahl Gesetzeskraft zu geben und einen Ehrensold von 3 Millionen Kronen für den Verweser auszusetzen. — Die Blätter verweisen darauf, daß Horthy ein Anhänger der Dynastie Habsburg war, jedoch mit Rücksicht auf den Einspruch der Entente seine Neigung zu den Habsburgern zurückstellte.

— **(Gegen die Lebensmittelverteuerung in England.)** Nach den „Daily News" herrscht in einzelnen Kreisen Englands große Entrüstung über das fortgesetzte Steigen der Lebensmittelpreise in England. In einer in London abgehaltenen Versammlung von Verbrauchern wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Infolge der dauernden Steigerung der Lebensmittelpreise ist die Versammlung der Meinung, daß die Abschaffung des Ministeriums für die Nahrungsmittelversorgung eine außerordentliche Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet. Die Versammlung weist die Regierung und das Unterhaus nochmals ausdrücklich auf die Notwendigkeit hin, aus dem Ministerium für die Lebensmittelversorgung unverzüglich ein ständiges Departement für die Rohstoffversorgung zu machen. Auf Antrag eines Versammlungsteilnehmers wurde der Entschließung noch hinzugefügt, daß dieses Ministerium auch die Befugnisse zur Festsetzung der Preise für alle Haushaltungsgegenstände und Nahrungsmittel erhalten müsse. Der Vorsitzende Hyndeman legte dar, daß die Steigerung der Nahrungsmittelpreise dadurch entstanden sei, daß seit dem Jahre 1918 400 000 Morgen Land brach liegen. Die Frage der Preisgestaltung sei einer der bedeutendsten Faktoren in dem Gedenken der Menschheit.

— **(Die „Notwendigkeit" des amerikanischen Militarismus.)** In einer Rede in Chicago erklärte Hoover, daß die Vereinigten Staaten bei weiterer Ausdehnung der industriellen Ausfuhr bereits nach Jahren gezwungen sein würden, Nahrungsmittel einzuführen. Wenn die blühende Industrie auch weiterhin die Bevölkerung vom Land in die Stadt zöge, sei eine ständige Abnahme der landwirtschaftlichen Produktion Amerikas unvermeidlich. Wenn die Abhängigkeit von der überseeischen Nahrungsmitteleinfuhr sich vergrößere, so ständen die Vereinigten Staaten bald vor der Notwendigkeit der Beherrschung der Seewege. Die internationalen Beziehungen würden dann äußerst verwickelt. Man werde zu neuen schweren Steuern greifen müssen, um eine große Armee und Flotte unterhalten zu können.

— **(Ernste Wendung des südafrikanischen Eisenbahnerstreiks.)** Nach einer Meldung aus Johannisburg hat der Streik der südafrikanischen Eisenbahner plötzlich eine ernste Wendung genommen. In der Gegend von Deeps brach ein Aufruhr aus. Etwa ein Dutzend Personen wurde verwundet, desgleichen 25 Eingeborene. Ein offizieller Bericht spricht sogar von 2 Toten und 31 Verwundeten.

— **(Keine Freistellung der Gastwirte vom Wuchergesetz.)** Nach Mitteilungen bayerischer und badischer Zeitungen soll die Reichsregierung grundsätzlich geneigt sein, eine Aufhebung oder wenigstens eine Milderung der Strafbestimmungen gegen den Wucher in Bezug auf Gastwirtschaften, Hotelküchen und Fremdenheime in Erwägung zu ziehen. Bekanntlich haben diese Bestimmungen, die für Uebertretungsfälle schwere und entehrende Freiheitsstrafen vorsehen, in allen Teilen des Gastwirtsgewerbes viel böses Blut gemacht und auch schon zu Protestkundgebungen in Form von Gastwirtestreiks geführt. In Hotelbesitzer- und Gastwirtskreisen bestand immer noch die Hoffnung, daß eine Revision der außerordentlich harten Gesetzesbestimmungen in absehbarer Zeit erfolgen und daß ein Unterschied zwischen der Schieberzunft und dem Gastwirtsgewerbe gemacht werden würde. In Baden sind in letzter Zeit rund sechzig Gastwirte wegen Verstoßes gegen den Wucherparagraphen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, die nun einem in der süddeutschen Presse veröffentlichten Gerücht zufolge in Geldstrafen umgewandelt werden sollen. — Wie im Gegensatz zu diesen optimistischen Meldungen aus dem Reichsjustizamt mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt in der Frage der Auslegung des Wucherparagraphen nicht geändert und hält nachdrücklich an ihrer den Gastwirten gegenüber wiederholt betonten Auffassung fest. Es sei ausgeschlossen, daß in den süddeutschen Bundesstaaten eine mildere Handhabung der Bestimmungen, die ja durch Reichsgesetz geregelt seien, Platz greifen könne.

Die Kohlennot der Industrie.

Die Wirkung der Kohlennot auf unsere Industrie ist geradezu verheerend zu nennen. Die lebenswichtigsten Betriebe können nicht beliefert werden und werden geschlossen oder arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Auch im Kriege war die Kohlennot schon sehr groß, sie trat nicht so in Erscheinung, weil nur die Betriebe mit Kohlen beliefert wurden, die für die Rüstungsindustrie arbeiteten, oder damit im Zusammenhange standen; die anderen Betriebe wurden einfach geschlossen. So lag z. B. die Bauindustrie fast völlig darnieder, die Folgen verspüren wir heute nur zu deutlich.

Im letzten Friedensjahre 1913 verbrauchte die Zementindustrie monatlich 300 000 Tonnen Kohlen, heute erhält sie nur noch 65 000 Tonnen monatlich. Dasselbe trifft bei der Kalkindustrie zu, die im Frieden 250 000 Tonnen monatlich verbrauchte und jetzt nur 70 000 Tonnen erhalten kann.

Ziegeleien waren vor dem Kriege 18 000 in Betrieb, heute wegen Kohlenmangel nur noch 1300. An eine erhöhte Bautätigkeit ist nicht zu denken, wenn diese Industrien nicht mit Kohle besser beliefert werden können.

Die Hälfte der Kaliwerke liegen still wegen Kohlenmangel. Der Absatz an Kali dürfte 1919 voraussichtlich 8,6 Millionen Doppelzentner betragen, wovon 6,2 Millionen Doppelzentner im Inlande verbleiben. Die Nachfrage nach Kali betrug jedoch 15 Millionen Doppelzentner, nur etwas mehr als ⅓ konnte gedeckt werden. Der Auslandsbedarf war fast ebenso groß, jedoch mußten die größten Auslandsaufträge abgelehnt werden.

Selbst im westfälischen Industriegebiet ist die Kohlennot sehr groß, berichten doch täglich die Eisen- und Stahlwerke, daß die Produktion „unter dem Einfluß der Kohlen- u. Verkehrsnot steht".

Besonders schlimm sieht es im Siegerland aus. Der Kohlen- und Koksbedarf der dortigen Eisen- und Stahlwerke beträgt monatlich 100 000 Tonnen, aber nur ein Drittel kann geliefert werden. 75 000 Arbeiter und Angestellte sind der Not preisgegeben, und die Volkswirtschaft erleidet einen empfindlichen Ausfall.

Unsere Handelsflotte und ein Teil unseres Hafenmaterials hat uns der rücksichtslose Sieger gewommen, wir müssen fast von vorne wieder anfangen, Schiffe zu bauen; unsere Werften liegen zum Teil still, — weil keine Kohlen vorhanden sind.

Von der Kohlennot werden ausschließlich die wirtschaftlich Schwachen, die Angestellten und Arbeiter am härtesten betroffen, denn sie geraten durch Feierschichten oder völlige Stillegung der Werke in unmittelbarste Not. In eindringlichsten Worten wenden sich eine ganze Reihe von Gewerkschaften aller Richtungen: „An unsere Arbeitsbrüder im Kohlenbergbau". In diesem Aufruf wird in den bewegtesten Worten die Schädigung der Arbeiterschaft durch die Kohlennot geschildert:

„Wird die Kohlenförderung nicht gesteigert oder würde sie gar noch zurückgehen, so werden Hunderttausende Arbeiter mit Millionen Angehörigen infolge Erliegens ihrer Industrie der Verelendung preisgegeben, und darunter werden auch Ihr Bergarbeiter schließlich leiden."

Der Schluß des Aufrufes kann seine Wirkung auf die Bergarbeiter nicht verfehlen: „Denkt an unsere hoffenden Mütter! Denkt an die Säuglinge! Denkt an Deutschlands Zukunft! Beweist, daß wir Arbeitsbrüder sind, zeigt, daß Solidarität kein leerer Wahn ist".

Die Arbeiter fast aller Industrie-Berufsverbände wenden sich in ihrer höchsten Not an die Solidarität ihrer Klassengenossen, an die Bergarbeiter.

Kleine Nachrichten.

Im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier ist die 8-Stundenschicht im vollen Umfange wieder eingeführt worden.

Der Montag von den Grubenarbeitern von Marles erklärte Streik wurde gestern vollständig durchgeführt. Die Zahl der Streikenden beträgt 12 700.

Der französische Senat hat das von der Kammer schon gutgeheißene Ruhestandsgesetz für Bergleute angenommen. Der Absatz über einen Abstrich von 25% von den Gehältern, gegen den der Grubenarbeiterverband protestiert hatte, wurde gestrichen.

Der französische Eisenbahnerausstand ist beendet.

Im Piavegebiet, wo es infolge der Arbeitslosigkeit zu schweren Unruhen kam, ist jetzt die Ordnung wiederhergestellt. Die Ausstände im Gebiet von Larran und in Neapel dauern noch an.

Dem Kabinett ist seitens des Reichsministeriums des Innern der Entwurf eines Gesetzes über die Kontrollisierung von Wirtschaftsverbänden zugestellt worden.

Die Regierung in Tokio teilt mit, daß sie nicht beabsichtige, die japanischen Truppen aus Sibirien zurückzuziehen.

General Fournier und 5 Offiziere werden am 12. April im Zusammenhang mit der Uebergabe von Maubeuge an die Deutschen vor dem Kriegsrat erscheinen.

Der vierte Heimkehrertransport aus Japan mit etwa 950 Mann ist gestern in Wilhelmshaven eingetroffen.

Am Denkmal Kaiser Wilhelms vor dem Königlichen Schloß in Berlin sind Bronzeteile abgeschlagen und gestohlen worden.

Westfalen und Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 3. März. Zur vorgestrigen Tagung hatten sich 29 Stadtverordnete in der Aula eingefunden. Den Vorsitz führte Herr Nieft der Magistrat fand in den Herren Bürgermeister Dr. Wiesner, Stadträte Siegler und Weidekamp Vertretung.

Die Ergänzungswahlen

zum Kuratorium der höheren Mädchenschule ergaben die Wiederwahl der ausscheidenden Herren Dr. Everlien, Stadtv. Hußmann und Niekt. In das Kuratorium des Realgymnasiums wurde Herr Stadtv. Cordes wiedergewählt. Die anderen ausgeschriebenen Wahlen wurden nicht vorgenommen, da diese Kommissionen als zu Recht bestehend betrachtet wurden und eine Wahl sich erübrigte.

In den Personal-Ausschuß,

der neugebildet wird und die Aufgabe hat, die einzelnen städtischen Beamten in bestimmte Gehaltsklassen einzureihen, wurden gewählt die Stadtv. Strelinski, Schloms, Hußmann, Kupperschlag, Schulte-Brauks. Der Magistrat wählte 3 Mitglieder in den Ausschuß. Eingangs wurden seitens der sozialdemokratischen Fraktion die Herren Nieft und Strelinski vorgeschlagen. Herr Nieft bat, von seiner Wahl Abstand zu nehmen, da gerade er mit Kommissionssitzungen äußerst in Anspruch genommen sei. Darauf wurde Herr Stadtrentmeister Cordes vorgeschlagen. Herr Müller bezeichnet es als ein Unding, Herrn Cordes, der Mitglied des Beamten-Ausschusses sei, gleichzeitig in den Personalausschuß zu wählen, dadurch käme Herr Cordes in die Lage, sich selbst zu wählen. Darauf entgegnet Herr Bürgermeister Dr. Wiesner, daß Herr Cordes sich nicht selbst wählen könne, da die Stellung des Stadtrentmeisters in dem gelben Entwurf festgelegt sei. Herr Müller bleibt bei seiner Ansicht und es wird von Herrn Debus dann Herr Schloms anstelle des Herrn Cordes vorgeschlagen.

Stadtv. Müller referiert dann über die

Erhebung von Anlieger-Beiträgen

in der Lünener-, Bahnhof- und Kämerstraße. Heute habe man zum ersten Male Gelegenheit, das im Herbst beschlossene Ortsstatut in Anwendung zu bringen. Er kann sich nicht dafür erwärmen, aber man müsse sich damit abfinden, da das Ortsstatut beschlossen sei. Er habe damals vor Annahme des Statuts gewarnt, jetzt zeigten sich die Folgen. Der Auto- und Lastwagen-Verkehr habe eine Verschlechterung des Pflasters herbeigeführt. Vorgesehen sei nun eine Pflasterung der Lünenerstraße (Anfang bis zur Zechenbahn), Ausbesserung der Bürgersteige an der Bahnhof-, Weststraße (Klosterweg bis Koppelstraße) und Kämerstraße. Nach einem früher aufgestellten Projekt betragen die Kosten hierfür 237 365 Mk. Wie der Referent bemerkt, stimmt diese Rechnung nicht mehr, heute würde die Arbeit mindestens 300 000 Mark erfordern. Der Magistrat will bei Pflasterungen die Anlieger mit 20 Prozent an den Kosten beteiligen (= 52 Mk. Anlieger-Kosten je Meter Front), da er annimmt, daß das öffentliche Interesse 80 Prozent und das des Anliegers 20 Proz. betrage. Anders aber ist es bei den Bürgersteigen der Bahnhofstraße und Weststraße, wo selbst 40 Proz. der Kosten der Anlieger erstatten soll, während 60 Proz. als Allgemein-Interesse angesehen und von der Stadt bezahlt werden. Die Kosten für den Anlieger der Bahnhof- und Weststraße betragen je Meter 19,20 Mk. Bei der Kämerstraße wird das Allgemein-Interesse nicht so hoch angesetzt, hier zahlt der Anlieger 50 Prozent der Kosten (= 18 Mk. je Frontmeter) und bei der Pflasterung der Lünenerstraße sollen die Anlieger 20 Proz. zu den Kosten beitragen = 52 Mark je Frontmeter. Stadtv. Ebbinghaus bekennt sich gleichfalls als Gegner der Verordnung, bei der von Gerechtigkeit nicht geredet werden könne. Zum Beweise führt er einen Fall Schenkel an.

Stadtv. Jacobi fragt an, ob die Pflasterungen definitiv vorgenommen würden oder ob noch eine neue Vorlage darüber den Stadtverordneten zugehe. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner bemerkt, daß die Pflasterungen auf den Etat übernommen würden. Dazu erwähnt Herr Jacobi, daß er aus einer Vorlage gesehen habe, daß die Pflasterungen aus Anleihemitteln bestritten werden sollten. Er sei der Meinung, daß Pflasterungs-Kosten überhaupt nicht durch Anleihen gedeckt werden können, weil das Pflaster nicht lange genug halte. Bürgermeister Dr. Wiesner will bei geringeren Kosten diese auf den Etat übernehmen, andererseits aus Anleihemitteln decken. — Stadtv. Kupperschlag weist darauf hin, daß, wenn in der vorgeschlagenen Weise verfahren würde, diese kleine Leute geschädigt würden. Diese müsse man schonen und eventl. den Satz ermäßigen. Stadtv. Debus empfiehlt, die Autos durch Steuern zu belasten, wie Unna und Werne dies tun. Die Gelder würden für die Pflasterung genügen und die Anlieger brauchten dann nicht herangezogen werden. Dem erwiderte Stadtv. Hußmann, daß die Zeche besondere Kosten erhebe und an die Stadt abführe. Stadtv. Müller weist darauf hin, daß heute nicht darüber zu beschließen sei, ob die Pflasterungen vorgenommen werden sollten oder nicht, sondern nur darüber Beschluß zu fassen sei, ob man den vorgeschlagenen Sätzen der Magistrats-Vorlage zustimme. — Nach der Ansicht des Stadtv. Ahlert ist s. Zt. beschlossen worden, die Anlieger zu den Straßenpflasterungen nur dann heranzuziehen, wenn Holz- oder Asphaltdecken in Frage kämen. Stadtv. Strelinski bemerkt, daß die Stadtverordneten auch berechtigt seien, über Neupflasterungen zu beschließen. Die Kämerstraße sei noch nicht so schlecht, unbedingt nötig sei eine Ausbesserung der Lünenerstraße. Er glaubt, daß die Anlieger fähig sind, die Kosten zu tragen. Herr Direktor Hußmann ist mit Herrn Müller der Meinung, daß es sich hier nur um Beschlußfassung über die Sätze handele, die Pflasterungen würden später das Kollegium beschäftigen. Für die Anlieger der Lünenerstraße sei der Satz von 20 Prozent zu hoch. An dieser Straße habe die Stadt selbst ein viel größeres Interesse. Er schlägt vor, 10 Prozent von den Anliegern zu erheben. Herr Debus schließt sich diesen Ausführungen an. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner weist darauf hin, daß die Unterhaltungspflicht der Bürgersteige früher je zur Hälfte der Stadt und den Anliegern oblag. Jetzt habe die Stadt allein die Unterhaltungspflicht und das bedeute eine Entlastung der Hausbesitzer. Die Autos würden zu den Pflasterungskosten stark herangezogen. Die Hausbesitzer hätten ein großes Interesse an den Pflasterungen. Ein gutes Pflaster sei ein Hindernis gegen starke Erschütterungen der Häuser. Andere Städte hätten die Sätze für Anlieger viel höher. Hier habe man diese heruntergesetzt, um die Hausbesitzer zu schonen. Daß die Kosten für Pflasterung auf Anleihe genommen würden, sei die Regel und die Regierung weise stets darauf hin. Bei der Abstimmung wird die Magistratsvorlage abgelehnt, im zweiten Wahlgange diese mit der Aenderung Hußmann (10 Proz. statt 20 Proz. für die Anlieger der Lünenerstraße zu erheben) angenommen.

Von der Tariferhöhung bei der Straßenbahn am 15. Februar wird Kenntnis gegeben. Der Berichterstatter Schultebrauks gibt im einzelnen das wieder, was die Erhöhung erforderlich machte. Durch Lohnerhöhungen usw. sind die Mehrausgaben um 125 000 Mk. gestiegen. Er empfiehlt die Zustimmung zu der Erhöhung, auch der Magistrat habe dieser notgedrungen zugestimmt. Herr Müller betrachtet die Beratung dieser Vorlage als unnütze Zeitverschwendung, da der Tarif doch längst in Kraft sei. Wenn die Kleinbahn eine Stellungnahme wünsche, dann möge sie sich vorher melden. Bürgermeister Dr. Wiesner hat in diesem Sinne auch in der Gesellschafter-Versammlung gesprochen und wünscht eine diesbezügliche Eingabe an die Kleinbahn-Verwaltung. Stadtv. Ebbinghaus wünscht für zwei beinbeschädigte Schwer-Kriegsverletzte Freikarten für die Elektrische. Dazu bemerkt der Bürgermeister, daß diese die Karten mit 50% Ermäßigung, das sei die höchstzulässige Grenze, erhalten.

Auf Vorschlag des Referenten Strelinski wurde 6 Gesuchen betr. Erlaß bezw. Ermäßigung der Gemeindeeinkommensteuer und Gemeinde-Gewerbesteuer stattgegeben.

Die Anstellung des Assistenten Hoffmann wurde auf Vorschlag des Referenten Neumann, der ersteren als äußerst tüchtigen Beamten bezeichnet, gutgeheißen. H. hat seine Probezeit abgelegt und da ihm der Magistrat nicht kündigte, mußte er überhaupt angestellt werden. Dasselbe trifft bei dem Assistenten Hellkötter zu. Auch dieser Anstellung wurde zugestimmt. Herr Kupperschlag als Referent bemerkt, daß alle Fragen, die mit der Anstellung eines Beamten in Berührung ständen, einen üblen Beigeschmack hätten. In der Bürgerschaft bricht jedesmal ein Unmaß aus über die Anstellung immer neuer Beamten. Man möge dem Kollegium jetzt endlich Schonzeit gewähren und nicht sobald wieder mit Neuforderungen von Beamten kommen. Bürgermeister Dr. Wiesner tritt diesen Ausführungen in aller Schärfe entgegen. Wenn Herr Kupperschlag sagen wolle, daß Beamten ihm unangenehm seien, so müsse er dem in schärfster Form entgegentreten. Unverständlich sei ihm, wie ein Stadtverordneter solches sagen könne. Im übrigen läge die Anstellung dem Magistrat ob, die Stadtverordneten hätten nur zu prüfen, ob ganz bestimmte und begründete Bedenken gegen die Anstellung vorhanden seien. Die Beamten hätten im vorliegenden Fall einen Rechtsanspruch auf Anstellung. Herr Kupperschlag erwidert, daß er nicht verstehe, wie der Bürgermeister sich so ereifern könne. Er habe keine Animosität gegen die Beamten selbst, sondern er habe dem Empfinden Ausdruck gegeben, das in der Bürgerschaft vorherrsche gegen die Anstellung der vielen neuen Beamten. Er lasse sich in keiner Weise beirren und von seinen Rechten abbringen. Auf Anfrage des Stadtv. Jacobi wird gesagt, daß beide Stellen im Etat vorgesehen seien.

Einem Nachtrag zum Ortsstatut der gewerblichen Fortbildungsschule

(Referent Herr Fricke) wurde zugestimmt. Danach haben alle Personen bis zu 18 Jahren die seit 1918 die Volksschule verlassen haben, die Pflicht, die Fortbildungsschule zu besuchen, ausgenommen sind die im Bergbau und im Haushalt beschäftigten Personen und solche, die weitergehenden wissenschaftlichen Unterricht genießen. Danach sind die Besucher der Handelsschule, das wurde besonders erwähnt, vom Unterricht an der Fortbildungsschule frei. Die Arbeitgeber sollen 10 Mark der Teilnehmer an Schulgeld entrichten, während auswärtige Teilnehmer 20 Mark bezahlen sollen. Dem Nachtrag wird zugestimmt.

Ferner auch der Einrichtung neuer Klasen an der Fortbildungsschule, die erforderlich werden durch die starke Ueberfüllung einzelner Klassen.

Auf Antrag des Wirtschaftsausschusses, über den wir schon ausführlich berichteten, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, 50 Pfg. Ausgabegebühr je Kartengattung (nicht je Familie) für verspätet abgeholte Lebensmittelkarten zu erheben. Es hatte sich herausgestellt, daß viele Familien es vorzogen, die Karten später abzuholen und dafür lieber 50 Pfg. Strafe zahlten. Während es vordem nur 15 Nachzügler waren, kamen letzthin 181 Familien mit 547 Köpfen in Betracht. Das bedeutet eine empfindliche Arbeitsstörung beim Lebensmittelamt. Die erhöhte Gebühr ist dadurch wohl am Platze.

Baumanpflanzungen in den Straßen

sind vorgesehen. Wie der Referent Herr Fiene mitteilt, sollen nur die allernötigsten Anpflanzungen gemacht werden. In erster Linie bei den Schulen, Marktplatz, Kirchplatz, vielleicht auch die Schlachthofstraße. 80—100 Linden, Ulmen oder Kastanien sollen angepflanzt werden. Frl. Schulze-Kumy verzichtet für den Schulplatz der Töchterschule auf Baumpflanzungen, da der Platz so schon zu klein sei. Sie sei jedoch sehr dafür, daß der Marktplatz wieder mit 2 Reihen Bäume bepflanzt würde, wie dies früher der Fall war. Herr Fricke bemerkt, daß der Kirchplatz hierfür ausscheide, dies sei Sache der Kirchengemeinde. Rektor Rüberg empfiehlt an der Grenze des Schulplatzes der Josefsschule Bäume zu pflanzen, um damit zu verhindern, daß die Kohlenwagen nicht den Schulplatz als Fahrstraße benutzen. Wenn nichts getan werde, um diesem Treiben der Fahrer Einhalt zu tun, würde bald der Schulplatz der „Marmeladenstraße", wie der Kinder mund die Klosterstr. benenne, gleichen. Andererseits sei auch auf die Gefahren hinzuweisen, die durch das Befahren des Platzes während der Pausen eintreten könnten. Herr Schloms unterstreicht die letzten Ausführungen besonders und erwartet Abhilfe. Herr Debus empfiehlt Prellsteinen einzurammen. Herr Müller ist auch für Bepflanzung des Marktplatzes, damit wir ein Aussehen an ihm haben. Auf Vorschlag des Herrn Eggert werden 2000 Mark bewilligt für die Baumanpflanzungen.

Außerhalb der Tagesordnung wünscht Herr Ebbinghaus die Polizeistunde auf 11 Uhr zu erhöhen. Herr Nieft schlägt vor, dem Magistrat diese Anregung zu unterbreiten.

Das Armenhaus soll nach einem Beschluß der Armenkommission und des Magistrats fortan

städtisches Altersheim

heißen und die Armenkommission fortan Wohlfahrtskommission. Das Altersheim soll auf ganz anderer Grundlage stehen. Der Wachtmeister Heßler soll die Wohnung in demselben räumen und eine Schwester fortan die Aufsicht führen. Wäsche und sämtliche Arbeiten werden dort selbst gemacht und eine gemeinschaftliche Küche geführt. Die Insassen können sich im Garten usw. betätigen. Die Stadtverordneten treten diesen Beschlüssen bei.

Der Herr Bürgermeister kam dann auf den Fall Kemna zurück. Herr Kupperschlag hatte bei dem Antrage betr. Anmietung der 1. Etage des Hauses Weststraße 18 (Kamener Lichtspiele) bemerkt, daß Herr Stadtbaumeister Kemna ihm gegenüber das Lokal als ungeeignet bezeichnet habe, während der Herr Bürgermeister betonte, daß ihm gegenüber der Baumeister das Lokal als geeignet genannt habe. In einem Schreiben des Baumeisters, das der Herr Bürgermeister verliest, nimmt ersterer an, daß Herrn Kupperschlag ein großer Irrtum unterlaufen sei, er habe das Lokal stets als geeignet bezeichnet. Demgegenüber weist Herr Kupperschlag darauf hin, daß Herr Baumeister Kemna bei der gemeinschaftlichen Besichtigung seine (K.) Ansicht, daß das Lokal ungeeignet sei, durch Kopfnicken bestätigt habe.

In der geheimen Sitzung

wurde dem Ankauf der Klempschen Besitzung an der Bahnhofstraße zum Preise von 75 000 Mark zugestimmt. Dortselbst sollen die Sparkasse und die städtischen Lebensmittellager untergebracht werden. — Einem Dringlichkeitsantrage wurde entsprochen und dem Lehrer-Unterstützungsfonds 35 000 Mark zugeführt, sodaß dieser jetzt die Höhe von 65 000 Mark erreicht hat. Daraus sollen die Lehrpersonen die beantragten Zulagen jetzt erhalten.

*

Kamen, 3. März. (Verschiedenes.) Das Reichsgericht hat in einer Entscheidung vom 2. Dezember 1919 grundsätzlich anerkannt, daß die nicht voraussehbar gewesene Revolution mit ihren ungeahnten schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen als ein Ereignis anzusehen ist, welches zur einseitigen **Aufhebung von Werkverträgen** berechtigt, wenn dem Unternehmer des versprochenen Werkes die Herstellung desselben zum alten Preise nach Treu und Glauben nicht zuzumuten ist. An diesem Grundsatz hat der höchste Gerichtshof in einer neuerdings erlassenen Entscheidung gegenüber einem abweichenden Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg festgehalten.

*

Der Bergarbeiter-Tarifvertrag schon wieder gekündigt.

(TU) Der erst vor kurzem abgeschlossene neue Tarifvertrag für das Ruhrkohlenbergrevier ist von den Bergarbeiterverbänden ohne Angabe von Gründen bereits zum baldmöglichsten Termin (Ende März) wieder gekündigt worden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist wohl damit zu rechnen, daß wiederum Lohnerhöhungen verlangt werden. Die auf den Ruhrzechen infolge von Ueberschichten, die auf allen Zechen verfahren werden, erzielte Mehrförderung an Kohle kann allerdings immer noch nicht in vollem Umfange dem Verbrauch zugeführt werden, weil trotz aller Versprechungen der Eisenbahnminister immer noch nicht imstande ist, den Zechen die erforderliche Anzahl von Wagen für den Brennstoffversand zur Verfügung zu stellen. Infolgedessen sind die Zechen durchweg gezwungen, wieder erhebliche Mengen der Förderung auf Lager zu nehmen. Die Haldenbestände wachsen stärker, und vereinzelt müssen sogar die Brikettfabriken wegen Kohlenmangels stilliegen.

*

(Die Ueberschicht im Bergbau.) Nach Ablauf der ersten Woche des Abkommens mit den Bergarbeitern hinsichtlich des Verfahrens von Ueberschichten kann man sagen, daß die Ergebnisse nicht besonders günstig waren. Die Mehrförderung stellt sich so, daß monatlich mit einem Zuwachs von 1,2 Millionen Tonnen, also jährlich mit 12 bis 15 Millionen Tonnen, zu rechnen ist. Es ist das also bei weitem nicht die Menge, die der Reichskanzler bei den Essener Verhandlungen als notwendig bezeichnet hat (45 Millionen Tonnen). Immerhin wird der Industrie durch den Zuwachs einige Luft geschaffen.

Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat plant für den 1. April eine weitere **Erhöhung der Kohlenpreise.**

(Die Betriebsschwierigkeiten im Westen.) In Essen haben Besprechungen zwischen Kommissaren des Eisenbahnministeriums und Vertretern des Bergbaus und der Industrie über die Betriebsschwierigkeiten im Ruhrrevier als Grundlage für die weiteren Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung stattgefunden. Außer dem wesentlich infolge neuer Abgaben von Lokomotiven an die Polen, Litauer und Tschechen noch bestehenden Lokomotivmangel sind die Schwierigkeiten vor allem darin begründet, daß die belgischen Bahnen nicht imstande sind, die ihnen zugeführten Frachtenund Kohlenzüge anzunehmen. Die hierdurch hervorgerufenen Stockungen wirken bis in die rechtsrheinischen Kohlenbezirke zurück, in denen die für Belgien und Frankreich aufkommenden Frachten aufgestellt werden müssen, wodurch wichtige Verkehrsknotenpunkte verstopft werden. Verschärft wird die Lage noch dadurch, daß infolge der Arbeitsweise der französischen Zollverwaltung an den Grenzen des Saargebiets auch dort seit längerer Zeit Schwierigkeiten bestehen. Es warten ungefähr 4000 Wagen auf die Zollabfertigung und überfüllen die Bahnhöfe des Bezirks Köln.

Erhöhte Frachtsätze sind mit vorgestern zu zahlen. Während die Mindestgebühren für Frachtgut bisher 50 Pfg. und für Eilstückgut 70 Pfg. betrugen, werden dieselben jetzt mit Mk. 1,60 bezw. Mk. 2,40 erhoben.

Die Anordnung über die Festsetzung von Erzeuger- und Kleinhandelsrichtpreisen für Eier ist aufgehoben.

(Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.) Die Einlösung der Lose zur 3. Klasse 15. (241.) Lotterie muß bis zum Freitag, den 5. März, erfolgen.

Wasserkarl, 3. März. **Mit dem Verdienstkreuz für Kriegshilfe** wurde der Landwirt und frühere Gemeindevorsteher Herr Friedrich Kumpf hierselbst ausgezeichnet.

Bönen, 3. März. **(Unglücksfall.)** Auf hiesiger Zeche „Königsborn III/IV" verunglückte der Bergmann Peter Stengel tödlich. Eine Witwe und fünf Kinder trauern dem Verunglückten nach.

⊙ **Brackel**, 2. März. **(Kind überfahren.)** Sonntag morgen gegen 11 Uhr wurde in Brackel bei der Wirtschaft Römer das 11jährige Mädchen der Eheleute Ilkis, Kolonie Scharnhorst wohnhaft, von der Straßenbahn überfahren und getötet.

Einigung im französischen Eisenbahnerstreik.

(TU) **Paris**, 2. März. Der nationale Eisenbahnerverband teilt mit, daß infolge der Besprechung beim Ministerpräsidenten eine Einigung mit den Vertretern des Verbandes und den Eisenbahndirektionen erzielt worden ist. Daher wird ein Befehl, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, vom Verbande gegeben werden.

Deutsche Fürsten als Juwelenschmuggler.

„Berlingske Tidende" meldet aus Malmö die Namen der Eigentümer der Juwelen, die im vergangenen Sommer aus einer deutschen Flugmaschine herausgeworfen wurden und bisher geheim gehalten worden waren. Allgemein glaubte man bisher, daß der Fürst von Albanien der Besitzer aller dieser Kostbarkeiten wäre. Dies stellt sich jetzt als ein Irrtum heraus, denn die schwedischen Zollbehörden veröffentlichen die Namen der wirklichen Besitzer. Es sind dies Kronprinz Rupprecht von Bayern, Prinz Ludwig Wilhelm, die Herzogin Ludwig Wilhelm von Bayern, die Prinzessin Julie zu Sayn-Wittgenstein, die Prinzessin Inita Gabriela von Bayern, die Herzogin Karl Theodor von Bayern und die Gräfin Wildenfels.

*

— **(Sturmszenen im japanischen Unterhaus.)** Im japanischen Unterhaus ereigneten sich sehr stürmische Auftritte bei der Beratung der Vorlage über das allgemeine Stimmrecht. Die Sitzung flog auf und es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Abgeordneten in den Wandelgängen. Bis spät nachts wurde in der Stadt demonstriert. In London waren Nachrichten über ernste Vorgänge in Japan verbreitet, die von der japanischen Botschaft scharf dementiert wurden.

— **(Die ersten 46 „Kriegsverbrecher".)** Die Kommission für Kriegsverbrechen hat beschlossen, Deutschland die Namen von 46 Personen, die vor dem Gerichtshof in Leipzig geladen werden sollen, bekanntzugeben. Von diesen 46 Personen werden von England 7 (hauptsächlich im Zusammenhang mit dem U-Bootkrieg), von Frankreich 12, von Belgien 15, von Italien 6 und von Rumänien ebenfalls 6 namhaft gemacht.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 3. März. **(Deutsche demokratische Partei.)** Am Sonntag, den 7. März nachmittags 5 Uhr, veranstaltet die hiesige demokratische Partei im Saale des Wirts Karl Nagel, Oststraße, einen Unterhaltungsabend. In uneigennütziger Weise hat sich der in der Stadt durch seine vortrefflichen gesanglichen Darbietungen hochgeschätzte Gesangverein Augusta Viktoria in den Dienst der Sache gestellt. Mehrere Einzelgesänge, vorgetragen von hiesigen Kräften, werden den musikalischen Teil verschönern helfen. Als Redner ist Herr Oberlehrer Dr. phil. et. rer. polit. Lappe aus Lünen gewonnen worden, der einen Vortrag über den Lebensabend des Freiherrn vom Stein auf Cappenberg (1816—1831) halten wird. Seine Ausführungen, bei welchen sich der Vortragende auf die neuesten im Archiv auf Cappenberg gemachten Funde stützen wird, werden eine wesentliche Bereicherung der Kenntnis des Lebens Steins bieten. Für die Parteifreunde aus Kamen und Umgegend, von denen im kommenden Frühling und Sommer manche den Cappenberg besuchen, dürfte es willkommen sein, über den großen Staatsmann und seine Tätigkeit auf Cappenberg unterrichtet zu werden. Ein sorgfältig vorbereitetes Theaterstück „Das Schwert des Damokles" wird dem Humor Rechnung tragen. Der Verein ladet zu dieser Veranstaltung, welche den Besuchern recht angenehme, genußreiche Stunden bereiten dürfte, alle Mitglieder und auch Parteifreunde von Kamen und Umgegend herzlich ein. Näheres wird im Inseratenteil bekanntgegeben.

Kamen, 3. März. **Die Jugendgruppe** des Sauerländischen Gebirgs-Vereins wandert wieder am kommenden Sonntag. Zeit, Ziel und Sammelpunkt kann erst in der Samstag-Ausgabe der Zeitung veröffentlicht werden. Es wird aber jetzt schon darauf hingewiesen.

Synagogengemeinde Kamen.

Purim.

Mittwoch abend 6½ Uhr.



Heute morgen 10 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Neffe, der

Bergmann Paul Lebrecht

im Alter von 19 Jahren.

Um stille Teilnahme bittet

Familie Lebrecht.

Kamen, den 2. März 1920. n883

Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. März, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Weddinghoferstr. 29, aus statt.

Nachruf.

Am 28. Februar 1920 verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser Steiger

Herr Ernst Stiepel.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen gerechten Vorgesetzten, der seine Arbeiter als Kameraden anzuerkennen und zu schätzen wußte und sich dieserhalb die Liebe der Arbeiter erworben hatte. b884

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Ehre, dem Ehre gebühret.

Die Arbeiter des Steigerreviers Nr. 3 der Schachtanlage „Grillo".

Grabdenkmäler, Kriegergedenksteine
in Granit, Marmor und Sandstein. m1
Otto Böddecker, Unna.

Verdingung.

Die Arbeiten für die Neuanlegung der Bürgersteige auf der Südseite der Weststraße (von der Klosterstraße bis zur Ziethenstraße) sowie der Kämerstraße sollen vergeben werden. Preisangebote und Bedingungen können von dem Stadtbauamt bezogen werden. Angebote sind verschlossen bis 870

Mittwoch, den 10. März 1920, vormittags 11 Uhr

portofrei an das Stadtbauamt einzureichen.

Kamen, den 25. Februar 1920.

Der Magistrat: Siegler.

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

1. Fleisch wird in dieser Woche nicht ausgegeben. Speck ist noch nicht eingetroffen.
2. Auf Fettkarte 100 Gr. Fett.
3. Auf Lebensmittelkarte 30 Gr. Sago, das Pfund zu 1,60 Mk.
4. In den Gemeinden sind Zwieback und Keks für Kinder und Kranke eingetroffen.

Unna, den 1. März 1290.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Amt Pelkum.

In der Woche vom 1.—7. März werden verteilt:

100 Gr. Auslands-Margarine zum Preise von Mk. 2.
125 Gr. Marmelade zum Preise von Mk. 0,93.
100 Gr. selbstbeschaffte weiße Bohnen zum Preise von Mk. 0,80.
125 Gr. selbstbeschaffte Wibbelbohnen zum Preise von Mk. 0,62.

Pelkum, den 1. März 1920.

Der k. Amtmann: gez. Friedrichs.

Bekanntmachung.

Mehrfache Anfragen aus landwirtschaftlichen Kreisen geben mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß zu den Pferdeaushebungen für den Feindbund sämtliche Pferde kaltblutigen Schlages, einschließlich Kreuzungen, vorzuführen sind.

Hamm, den 1. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Schulze-Pelkum.

Altkupfer, Messing, Blei, Zink, Eisen, Lumpen,
kauft zu den höchsten Preisen
Heinr. Karl,
Kaiserau b. Kurl.
Im Hause Wwe. Engeler
Hole auch ab. m733

Lexikon
Meyer oder Brockhaus zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preis unt. **Lit. O. 837** an **Rudolf Mosse, Düsseldorf.** 841

Klavier
zu kaufen gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle. 1852

Gut erhaltene
Waschmaschine
gesucht. n878
Wilh. Scholz
Bergkamen, Moltkestr.

Ein Meerschweinchen
zu kaufen gesucht.
W. Wilke, Bergkamen.
836 Lambergstr. 48.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen schnell
H. Blume & Co.,
826 **Hamburg 24.** 021.

Evangelischer Arbeiter-Verein Kamen.

Zur Beerdigung des Mitgliedes m000
A. Diening
versammeln sich die Mitglieder am **Donnerstag** ½4 **Uhr** im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Schuhmacherinnung Kamen.

Zur Beerdigung des Mitgliedes b875
August Diening
versammeln sich die Mitglieder am **Donnerstag 3½ Uhr** beim Wirt Kümper.
Der Vorstand.

Ev. Arbeiterverein Kamen.

Freitag, den 5. März, abends 6 Uhr:
Diskussionsabend
im Saal an der Lutherkirche. n803
Der Vorstand.

Bücklinge, Makrelen, Harzer Käse
soeben eingetroffen
Pass's Butter-Halle, Kamen, Weststrasse 54. Kamen, Bahnhofstrasse 63. v882

Subin 139
Ein bewährtes Vorbeugungsmittel für Schweine gegen Lahmheit, Steifheit u. Knochenweiche ist Subin. Pr. à Paket 3 Mk. Niederl. in Kamen u. Bergkamen Drogerie von H. Jacobi.

Bettnässen
ist **jetzt** durch ein **sicher** wirkendes Mittel **heilbar.** Prospekt umsonst. 131
G. Stackemann, Langwedel, Bremen.

Drei junge legende
Enten
zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle. b865

Sehr scharfer, manufester Hund
preiswert zu verkaufen.
Näheres v874
Bahnhofstraße 55.

Lehrmädchen
Zum 1. April evtl. etwas später wird für ein hiesiges Lebensmittel-Geschäft ein sauberes, ehrliches Lehrmädchen ordentl. Eltern gesucht. m862
Offerten nebst Schulentlassungszeugnis unter **Nr. 862 A. B.** zu richten an die hiesige Zeitung.

Wegen Erkrankung des jetzigen, tüchtiges
Zweit-Mädchen
sofort oder zum 15. März gesucht. 1839
Frau Hausemann, Westfstraße 9.

Nach Dortmund wird für den Haushalt eines Arztes ein sauberes, kath.
Mädchen
gesucht. 1856
Schriftl. Angeb. unt. A. S. an die Kamener Zeitung in Kamen.

Ein ordentliches
Morgen-Mädchen
für sofort gesucht. 1848
Näheres in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Steuererklärungen
zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs stellt sachgemäß auf, sowie Bearbeitung aller Rechtssachen, Steuer-, Erbschafts- und Rentensachen. — Vermittlung von Häusern und Grundstücken.
Volks- und Rechts-Bro Lünen a. d. Lippe
Münsterstr. 17 (in der Nähe des Hauptbahnhofs).
Telephon 442. Telephon 442.
m840

Hallo! Nur noch 8 Tage!
Zahngebisse Brennstifte
verwerten Sie am besten in Dortmund
Hotel Stad. Dortmund
Lütgebrückstraße 5, Nähe Hauptbahnhof. Zimmer 4.
Zahle, wenn Echtheit festgestellt,
pro Zahn
von 13 Mk. an. Brennstifte bis zu Mk. 150.
Ankauf täglich von 8½—7 Uhr. a3192

Infolge enormer Steigerung aller Materialien haben wir unsere Preise ab 1. März abermals erhöhen müssen. v869

Schmiede-Vereinigung für den Stadt- und Landkreis Hamm.

Petroleum-Verteilung.

Das Petroleum für Januar ist eingetroffen. Die Verteilung findet bis zum 10. März 1920 statt. Die Ausgabe ist folgenden Kaufleuten übertragen worden:

Kaufmann Volkhausen, Kirchstr. 4,
„ Kadden, Weststr. 5,
„ Poschmann, Lünenerstr. 171,
„ Grundmann, Lünenerstr. 5,
„ Scholz, Lünenerstr. 241,
„ Wiemer, Weststr. 29,
„ Blankenstein, Oststr. 12,
„ Langstadt, Bahnhofstr. 12.

Auf jeden Anteil entfällt 2½ Liter. Der Preis für 1 Liter beträgt 3,20 Mk. Anspruchsberechtigte sind nur die mit einer Petroleumausweiskarte versehenen Haushaltungen. Das bis zum 10. März 1920 nicht abgeholte Petroleum wird als verfallen erklärt.

Kamen, den 1. März 1920. (881

Der Bürgermeister: Dr. Wiesner.

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 117

Bandwürmer
Spul- und Madenwürmer werden schmerz- und gefahrlos in 2 Stunden entfernt. Keine Hungerkur — Prospekt gratis. — 120
Niewels Naturheilinstitut,
Dortmund, Liebfrauenstraße Nr. 20.

Zur Konfirmation

empfehlen wir
Gesangbücher, Bibeln und Bilder
in allen Preislagen.
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

2 ordentliche Bergleute können
Kost und Logis
erhalten b873
Bergkamen,
Mackenbergstraße 4

Brieftaube,
zugeflogen, abzuholen Kämerstraße. w877
Abzuholen: **Bergkamen, Wilhelmstr 3.**

Verloren!
Vom Straßenzug ein
Schildbrett u. Hydranten-Standrohr
verloren. Finder wird gebeten, sich zu melden. Abholung erfolgt gegen Belohnung. 1871
Hermann Klein & Söhne,
Kamen, Unnaerstr. 126

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Zentral-Theater
Kamen.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag:
Telegramm:
„Fred Horst ermordet"
Großer Detektivschlager in 4 Akten.

„Am Weibe zerschellt"
spannender Lebensroman in 5 Akten.

Hanne, der Einbrecher
Tolles Lustspiel. b868

Um dem verehrten Publikum zu ermöglichen, die Wochentags-Programme ganz zu sehen, fängt die Wochentagsvorstellung um 7 Uhr an.

Stadttheater Unna.

Anfang 7½ Uhr. **Mittwoch zum letzen male!**
„Der fidele Bauer"
Heinerle: a86
Hildegard Crößler aus Dortmund als Gast.

Anordnung

über Trennung der Bäckereien von den Konditoreien.

Auf Grund der Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten wird hiermit folgendes angeordnet:

Die gewerbliche Herstellung von Konditoreiwaren ist nur in den Betrieben gestattet, die ausschließlich Konditoreiwaren herstellen. In Bäckereien, in denen Brot gewerbsmäßig hergestellt und feilgehalten wird, ist die Herstellung sämtlicher Konditoreiwaren verboten. Im Hinblick auf die Ernährungsschwierigkeiten und die bestehende Gefahr der vorschriftswidrigen Verwendung von Mehl, ist es den gemischten Betrieben, d. h. Bäckereien verbunden mit Konditoreien, verboten, Konditoreiwaren und Backwaren gleichzeitig herzustellen. Die Inhaber solcher Betriebe haben der Ortspolizeibehörde zu erklären, ob sie sich für die Konditorei oder Bäckerei entscheiden wollen. Ausnahmen können nur in ganz besonders dringenden Fällen berücksichtigt werden. Um die Durchführung dieser Anordnung zu gewährleisten, haben die beteiligten Konditorinnungen Ausschüsse zu wählen, die die Konditorei- und Bäckereibetriebe ständig zu überwachen haben. Meine Verfügung vom 24. Januar 1920 A 379 betr. Brötchenbackverbot bringe ich außerdem erneut in Erinnerung. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Hamm (Westf.), den 25. Februar 1920

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: Schulze-Pelkum.

Bekanntmachung.

Die **Anmeldung der Kinder,** welche bis zum 30. September 1920 6 Jahre alt und dadurch schulpflichtig werden, sowie derjenigen, die im vorigen Jahre zurückgestellt sind, hat bei den zuständigen Schulleitern und zwar

für die Josefschule bei Herrn Rektor Rüberg
für die Wilhelmschule bei Herrn Rektor Steube,
für die Auguste-Viktoria-Schule bei Herrn Lehrer Düselmann

im Konferenzzimmer der betreffenden Schule **am Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5. März 1920**

zwischen 2 bis 4 Uhr nachmittags zu erfolgen.

Bei der Anmeldung ist der Geburts- oder Impfschein des Kindes, oder das Familienbuch vorzulegen.

Zur **Wilhelmschule** gehören folgende Straßen: Asserderweg, Am Bahnhof, Am Kirchhof, Bahnhofstraße, Burgstraße, Dernerweg, Dortmunderstraße, Dunkelstraße, Grünestraße, Heerenerstraße, Hohendahlstraße, Kirchstraße, Klosterstraße, Kördergasse, Koppelstraße, Kreuzstraße, Lämmergasse, Lindenbergstraße, Südenfeldmark-Süd, Südenfeldmark-Nord, Ulmenplatz, Unnaerstraße, Unterer Schleppweg, Wallgasse, Weddinghoferstraße, Westickerweg, Weststraße von 46b bis 99, Wiemeling, Wilhelmstraße, Wimme und Zechenstraße, Lünenerstraße, Oberer Schleppweg, Ostenmauer, Rottumerstraße, Schlachthofstraße, Schulstraße.

Zur **Auguste-Viktoria-Schule** gehören folgende Straßen: Gottesbergstraße, Güldentröge, Hammerstraße, Jahnstraße, Kämerstraße, Kampstraße, Königstraße, Markt, Nordenmauer, Nordstraße, Oststraße, Roonstraße, Rottstraße, Sackgasse, Schillstraße, Schützenstraße, Weißestraße, Wernestraße, Westenmauer, Weststraße von Nr. 1 bis 46a und Zwischenstraße. 867

Kamen, den 1. März 1920.

Städtische Schuldeputation: gez. Dr. Wiesner.